

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckschrift: Tageblatt Riesa.
Heftes Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsbaudienststelle beim Amtsgericht und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Poststedtonto: Dresden 1530
Gizelasse Riesa Nr. 52.

M 125.

Dienstag, 2. Juni 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorabzahlung, für einen Monat 2 Mark 20 Pfennig durch Post oder nach Posten. Für den Fall des Eintritts von Verbindungsverhandlungen, Schätzungen der Währung und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und zu bezahlen; eine Gewöhnung für das Schreiben zu bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 am breite, 3 am hohen Grundsatz-Zeile (6 Seiten), 10 Gold-Pfennige; die 20 am breite Messing-Zeile 100 Gold-Pfennige; zeitwandernd und tabellarisch Satz 50% Aufschlag. Beste Tarife, Gewöhnliche Rabatte rückt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muss oder der Auftraggeber in Konkurrenz steht. Zahlungs- und Siedlungsort: Riesa. Höchstige Unterhaltungshöchstpreis bezahlt zu der Höhe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes des Druckerei, der Verlegerin oder der Förderungseinrichtungen — hat der Besitzer keinen Anspruch auf Rückerstattung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Abholungs- und Verlag: Vanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 39. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Wittich, Riesa.

Bor der Ueberreichung der Note.

Ueberreichung am Dienstag.

Paris, 21. Mai. Der Votivherrnrat tagte heute abmittag von 3,30 Uhr bis 6,30 Uhr unter dem Vorsitz des französischen Delegierten Jules Cambon. Marshall Foch und General Diderich wohnten der Beratung bei. Über die Sitzung wird folgendes Kommuniqué ausgegeben: Die Votivherrnkonferenz, mit den Inschriften der alliierten Regierungen versehen, hat heute nachmittag die Fassung der Note festgestellt, die der deutschen Regierung im Namen der alliierten Regierungen durch ihre diplomatischen Vertreter in Berlin überreicht werden wird. Die Note wird heute abend nach Berlin abgehen, am folgenden Dienstag der deutschen Regierung übermittelt werden und aller Wahrscheinlichkeit nach am Mittwoch abend veröffentlicht werden. Sie besteht aus einer Kollektivnote von etwa fünf Seiten und zwei Anhängen. Der erste Anhang sagt sich aus mehreren Teilen zusammen und enthält besonders die Ausführungsliste der Klauseln des Verfaßten Vertrages, sowie die Liste der verlangten Abstellungen. Der zweite Anhang enthält das Schreiben der Reparationskommission. Beide Anhänge sind etwa 30 Seiten lang.

V. P. Berlin, 2. Juni 1925.

Die Ueberreichung der alliierten Note über die Entwaffnungfrage, die unmittelbar bevorsteht, wird nunmehr die außenpolitischen Verhandlungen wieder in Fluß bringen. Es hat mehrere Monate gedauert, ehe sich die alliierten Regierungen über die endgültige Mitteilung an Deutschland einig geworden sind, und man hat in dieser Zeit den Versuch unternommen, durch diplomatische Unterhandlungen in der Sicherheitsfrage eine Verständigungserklärung zu schaffen. Die wichtigste Frage, die sich die Reichsregierung nach der Übermittlung der alliierten Note vorzulegen hat, wird die sein, ob die in dieser Zeit gelandenen Annahmen und Verhandlungspunkte zwischen den Ausschüssen Deutschlands und der Alliierten dazu ermutigen können, neue deutsche Vorschläge zur Lösung des Entwaffnungskonflikts an die alliierten Regierungen zu richten. Weiterhin wird sich die Reichsregierung nach Auffassung der möglichen Berliner diplomatischen Kreise sehr eingehend damit beschäftigen müssen, auf alle detaillierten Beschuldigungen der alliierten Regierungen in der eingehenden Weise zu antworten und etwaige fälschliche Behauptungen der interalliierten Militärführerorgane zu widerlegen.

Solange der Inhalt der interalliierten Mitteilungen noch nicht bekannt ist, lädt sich sehr schwer beurteilen, in wie weit die Reichsregierung in der Lage sein wird, auf die angekündigten Forderungen der alliierten Regierungen einzugehen. Das Reichskabinett muss nach dem kritischen Verlauf der letzten Reichstagsdebatten sehr starke Pläne auf die deutschen Parteien nehmen, sodass einem etwaigen Entgegenkommen Deutschlands starke Grenzen gezogen sind. Wenn irgend möglich, soll versucht werden, neue Spannungen zu vermeiden, um eine Beunruhigung der ohnehin schon ernsten wirtschaftlichen Lage zu verhindern. Man sieht sich in Berlin zwar darauf gefasst, dass der Ton der alliierten Mitteilungen außerordentlich scharf sein wird und im ersten Augenblick ernste Besürfungen hervorrufen muss. Umso notwendiger erscheint es aber auch, dass sich die Regierung Luther-Stremann von jeder Nervosität freihält und die Dinge an sich herantrete lässt. Auf jeden Fall ist es ausgeschlossen, dass ernste Verwicklungen eintreten können, denn die alliierten Regierungen dürften sich inzwischen darüber klar geworden sein, dass im gegenwärtigen Stadium der Entwicklung der europäischen Beziehungen eine Politik der schroffen Diktate nur die unheilvollen Rückwirkungen haben muss. Von großer Bedeutung ist es, dass die Reparationskommission einstimmig der Votivherrnkonferenz mitgeteilt hat, dass Deutschland seine Reparationsverpflichtungen treu erfüllt. Von ununterbrochener Seite des Riesaer Auswärtigen Amtes wird darauf hingewiesen, welch außerordentlich große moralische Wirkung dieser Beischlag der Reparationskommission auf die öffentliche Meinung der ganzen Welt, insbesondere auf Amerika ausüben muss. Dieses Moment ist so ausschlaggebend, dass man deutlicher als gar keine Veranlassung hat, den kommenden Auseinandersetzungen mit irgendwelchen Beschlüssen entgegenzuwirken. Der Beschluss der Reparationskommission ist übrigens der Reichsregierung offiziell mitgeteilt worden. Wie wir hören, wird die Reichsregierung in ihren Antworten auf die alliierten Mitteilungen selbstverständlich von der außerordentlich bedeutenden moralischen Rückstärkung durch die Reparationskommission Gebrauch machen und ausdrücklich darauf hinweisen, dass die lonsale Erfüllung der deutschen Verpflichtungen nur dann sichergestellt werden kann, wenn die außenpolitische Entspannung anhält und der deutsche Regierung Gelegenheit gegeben wird, die innerdeutschen politischen und wirtschaftlichen Beziehungen weiter zu festigen.

Gründung des Innsbrucker Flugplatzes.

Innsbruck. (Funkspruch.) Gestern vormittag ist der neue Flugplatz, der als Anfangspunkt der Linien Berlin-Rom und Paris-Wien-Bukarest besondere Bedeutung hat, in feierlicher Weise eröffnet worden. Während der Feier traf nach einer Fahrt von 55 Minuten ein Eindecker des deutschen Aero-Flugs aus München mit dem Ehrenbürgermeister von München, Schärnigl, dem Oberregierungsrat Dr. Hellmann vom bayerischen Handelsministerium, Dr. Konrad vom Münchener Magistrat und Major Hayler als Vertreter des deutschen Aero-Flugs an Bord auf dem Fluss-Plan ein.

Die Deutschtumtagung in Rüttstein.

Aufstejn. Die Tagung des Vereins für das Deutsche im Ausland wurde am Pfingstmontag durch Gottessdienst für die Jugendlichen eingeleitet. Am Vormittag wurde an dem Denkmal des schwäbischen Volksfürsten Friedrich I. ein Trauer niedergelegt. Professor Venckwich hielt die Gedächtnissrede, und schilderte die Dienste Lüts für den großen deutschen Gedanken.

Im Anschluss daran wurde im zuständigen Mußhaus die Tiroler Heimatansiedlung eröffnet. Bei dem Festakt begrüßte der Landeshauptmann von Tirol Dr. Stumpf die Teilnehmer, deren Arbeit dem ganzen deutschen Volk galt. Alle strafe gelte es zusammenzutun, um Deutschland vor und anwärts zu bringen. Der Redner erinnerte an die Wohnung Hindenburgs am Schlusse seines Werkes "Mein Leben", in dem der Feldmarschall auf die Notwendigkeit der Wiederherstellung des Nationalbewußtseins hinwies. Im Namen der tirolerischen Landesregierung erbot Landrat Dr. Huchler herzliche Grüße. Am Nachmittag fand in der Rüttsteiner Festung ein großes Volks- und Freudenfest statt.

Aufstejn. Den Abschluss der Tagung des ersten Pfingstfestes bildete ein riesiger Fackelzug der Jugend der deutschen Schützvereine, der einen tiefen Eindruck auf die Zuschauermenge machte.

Auf der Jollesburg erfolgte aus Anlass des Zusammenschlusses des Deutschen Schulvereins und des Schulvereins Stuttgart-Bien eine feierliche Kundgebung.

Als erster Redner begrüßte Dr. Gross, der Obmann des deutschen Schulvereins Südmärk die Versammlung mit einem Rückblick auf die Schulvereinbewegung. Prof. Binder vom Verband Otmarsch schilderte die Arbeit und die geschichtliche Entwicklung des Verbandes Otmarsch und gab der Hoffnung Ausdruck, dass auch die "Otmarsch" bald vereint marschieren werde.

Exzellenz v. Hinde bewornte, jeder Deutsche ohne Unterschied des Standes sollte stets der Mahnung eingedenkt bleven, deutsch zu sein. Aber deutsch sein, heisst bairisch sein, wo das Deutsche die Hilfe bedürfe. Der Deutsche Schulverein sei der deutsche Volkverein. Seine Waage sei der Glaube an das deutsche Volk. Wir seien waffenlos. Geblieben seien uns aber die deutschen Seelen, um diese deutschen Seelen geht es. Die wolle der Verein haben. Nur wenn das gelinge, könne unser Volk gereitet werden.

Lebhafte Begeisterung rief die Verleihung des Antwerpener Preisess des Reichspräsidenten v. Hindenburg hervor, in dem er seinen Dank für die übermittelten freundlichen Grüße auspricht.

Am Anschluss an die Kundgebung fand die Ausgabe der Presse an die Sieger in den Jugendwettkämpfen statt. Der ersten Preis erhielt ein Mitglied der Marienburger Druckgruppe. Der Preisrichter forderte, dass deutsche Sportvereine nicht mehr mit Tschechen spielen, solange deutsche Turnvereine in der Tschechoslowakei verboten und aufgelöst würden.

Einen Höhepunkt der Veranstaltung bildete nachmittags ein Festzug durch die Stadt, an dem etwa 5000 Personen mit Fahnen und Bimpeln und in den Trachten fast aller deutschen Stämme teilnahmen.

Den Abschluss der Tagung bildete am Dienstag, Mittwoch und Donnerstag eine Sitzung der Hauptversammlung des B. d. A., eine Hauptausstellung, eine Hauptversammlung des Vereins, ein Pressestand mit funktionären Darstellungen, Österreichische Volkskunstgruppen, Ausflüsse in die nähere und weitere Umgebung Rüttsteins.

Der französische Besuch bei den deutschen Elsässern.

Eine Rede des Ministerpräsidenten.

* **P**aris. Die Blätter sind voll von Berichten über den Besuch des Präsidenten der Republik nach dem Elsass. In Straßburg haben gestern und heute große Feierlichkeiten stattgefunden, auf denen politisch bedeutsame Ansprüche gehalten wurden. Sommergut hat in seiner geprägten Rede erklärt: Zur Aufrechterhaltung des äußeren Friedens ist unvermeidliche Nachsicht am Platze, solange wir nicht die absolute Sicherheit haben, dass die Ueberreste des letzten Weltkrieges von kleinen Revanchegedanken mehr erfüllt sind, solange die jetzt unterzeichneten Verträge nicht losgelöst werden. (1) Was so viele Völker längst begriffen haben, wird jetzt endlich von dem Volk angenommen werden, das an Hand seiner 50jährigen Vergangenheit feststellen musste, dass das Herz Elsass-Lothringens trotz aller beständigen Verdrückungen unveränderlich französisches Gebiet ist (?).

Painlevé hielt gestern auf dem Balkon des Straßburger Generalrates eine Rede, die wegen der bestimmten Ausführung im Hinblick auf die Verwaltungsreform beachtenswert ist. Es wird keine Maßnahme ergriffen, so sagte Painlevé, ohne dass die Vertrakte Elsass-Lothringens jedes Mal zu Rate gezogen werden. Der Unterstaatssekretär der Ministerpräsidentschaft wird stets ihren Anregungen und Ratschlägen ein williges Ohr leihen. Die zweite Versicherung, die ich Ihnen geben kann, ist die, dass der beratende Ausschuss sehr bald gebildet wird, in dem durch die Art seiner Zusammensetzung alle Meinungen zum Ausdruck kommen werden. Die Sicherheit Frankreichs ist eine unerlässliche Bedingung, ohne die das Elsass unserer elässischen Grenzmark und teils mit Unruhe erfüllt wird. Painlevé beteuerte weiter, Frankreich werde nicht zur Wiedererlangung Elsass-Lothringens greifen haben (?), sondern die Wiedererlangung des geschehenen Unrechtes von der Zeit erwartet haben, wenn es nicht angegriffen worden wäre. Painlevé schildert dann die Unterredung vom September 1917, in der der enoische

Ministerpräsident ihm das Versprechen erzielte, dass Großbritannien den Krieg bis zur Befreiung der beiden Provinzen fortführen werde. Vlond Georges habe gerade im Unterhaus erklärt, dass er persönlich die Befreiung Frankreichs auf Rückeroberung Elsass-Lothringens begeiste und billige. Diese Worte hätten damals in Frankreich große Erregung hervorgerufen, und er habe den französischen Ministerpräsidenten um eine sofortige Zusammenkunft ersucht, die Anfang Oktober in Boulogne stattfand. Die Eindeute war sehr frisch. Die russische Front brach zusammen und im Osten holten die Deutschen zu ihrer offensiven Offensive aus. Weder Vlond Georges noch ich waren im Unklaren über die schwere Gefahr, von der die Sache der Alliierten bedroht war. Der französische Ministerpräsident verlangte von Vlond Georges die feierliche und öffentliche Juliale, dass Großbritannien die Waffen erst nach Rückeroberung Elsass-Lothringens niedergelegt. Ich erinnere mich noch an die letzten Worte Vlond Georges, und wie er mein Ehrenwort verlangte, dass Großbritannien nie darum erachtet werde, das gegebene Versprechen aufzudrücken. Großbritannien habe dieses Versprechen gehalten, auch das französische Volk, trotz der schrecklichen Leiden, die es noch zu erleben hatte.

Dr. Beneisch in Paris.

Wib. Paris. Die Morgenblätter beschäftigen sich mit der unerwarteten Reise des tschechischen Außenministers Dr. Beneisch nach Paris. Er ist Sonnabend angekommen und vorgestern abend wieder nach Genf zurückgekehrt. Viele konnten es nicht sprechen, da dieser die Feiertage auf dem Lande zubringt. Er verhandelte deshalb nur mit dem Generalsekretär im Außenministerium Philippe Berthelot und dem Ministerialdirektor Larode. Die Blätter glauben, dass Dr. Beneisch über das Sicherheitsproblem verhandelt habe. Das Journal sagt, Dr. Beneisch sei gekommen, um seine Beunruhigung zum Ausdruck zu bringen. Er glaubt immer noch an die Möglichkeit, das Beatozoll von Genf auf indirektem Wege südwärts zu verwirklichen, indem er die einzelnen Fliegertrupps allmählich zusammenbringe. Er glaubt an die Notwendigkeit, Gelegenheiten zu benutzen, um England heranzuziehen. Das Journal gibt aber zu, dass die augenblickliche Orientierung völlig von dem Beistrebungen Dr. Beneisch abweiche. Das von England ins Auge gesetzte System der beiderstädtischen Abkommen bedeute einen vollkommenen Bruch mit dem bisherigen System. Die Abkommen Frankreichs mit Polen, der Tschechoslowakei und Belgien hätten sich zur Rückgabe gestellt, die Friedensverträge aufrechtzuerhalten. Nach der britischen Auffassung tolle der Sicherheitspakt die bestehenden Beziehungen zwischen Siegern und Siegten umstoßen. Der englische Volk lasse den Weg für die deutschen Abfertigen aus Österreich frei, die schließlich zu einer Umklammerung der Tschechoslowakei führen mühten.

Was das Ausland aus Deutschland laufen will.

Wib. Berlin. Die Reichsnachrichtenstelle für Außenhandel in Münster, Rheinstraße 8, ist im Besitz eines umfangreichen Materials von Adressen ausländischer Firmen, die den Mitgliedern der Reichsnachrichtenstelle offenbar, den Nichtmitgliedern gegen Begehung der Informanten zugänglich sind. Es handelt sich um Adressen ausländischer Firmen, die mit deutschen Unternehmungen zwecks Einfuhr deutscher Waren in Verbindung treten wollen. Gegenwärtig liegen u. a. folgende Anfragen vor: Argentinien — Maschinen, elektrische Bedarfartikel; Motoren usw.; Columbien — elektrische Bedarfartikel; Polen — Maschinen; Venezuela — Maschinen und elektrische Bedarfartikel; Peru — ebenso; U. S. A. — Ringe und Artikel für Warenhäuser; China — Artikel für Warenhäuser; niederländisch Indien — optische Artikel; Südamerika — allgemeine Vertretungen; England — Lampen; Holland — Feilen, Messer, Werkzeuge, landwirtschaftliche Maschinen; Lettland ebenso; usw.

Verzögerung der Amnestiefrage.

Wib. Berlin. Wie von unterrichteter Seite verlautet, konnte die Reichsregierung zu den Pfingstfeiertagen mit der geplanten Reichsamnestie aus Anlass des Amtsantritts des Reichspräsidenten nicht herauskommen. Der Grund dieser Verzögerung ist darin zu suchen, dass einige Länderregierungen noch erhebliche Schwierigkeiten machen, da bekanntlich ohne Zustimmung der Länder eine Reichsamnestie nicht erlassen werden kann. Die Reichsregierung hat neuerdings darauf hingewiesen, dass der ganze Sinn der Amnestie verloren gehe, wenn sie nicht rechtzeitig genug erfolge, um im Zusammenhang mit dem Amtsantritt des Reichspräsidenten als eine große politische Geste verschönend auf die Volkskreise einzutreffen.

Ohne Runde von den Nordpolfliegern.

Ost. Von Ammunden liegt noch nichts Neues vor. Sollte dieser auf demselben Wege gelandet sein, so würde er kaum in den nächsten Tagen zurückkommen, da nach den Berechnungen der Meteorologen der Nebel über dem Polareis bis zum 83. Grad nördlicher Breite geht. Es ist nicht ausgeschlossen, dass er sich sogar schon bis zum Nordpol hinaufzieht. Die Expedition auf Spitzbergen nimmt an, dass Ammunden bei den Untersuchungen vom Nebel überschritten worden ist. Auf der Däninsel ist das Wetter noch immer klar. Das Expeditionsdampfschiff "Hobby" kam vorgestern nachmittag um 2 Uhr zurück. Es hat das Eis bis zum 80. Grad 23 Minuten abgelaufen. Die "Hobby" geht heute nach Kingsbay zum Ruinen. Einige Mitglieder der Expedition reisen mit dem Schiff zurück.